



SPD-Unterbezirk Unna
Unterbezirksparteitag Oktober 2022

Anträge zum Unterbezirksparteitag

1
2

Satzungsmäßige Verankerung der Doppelspitze

| Bisherige Fassung | Neufassung |
|---|--|
| <p>§ 11 Unterbezirksvorstand</p> <p>1. Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk. Ihm gehören mit Stimmrecht an:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die/der Vorsitzende; b. die drei stellvertretenden Vorsitzenden; c. die /der Schatzmeisterin/Schatzmeister; d. die/der Europabeauftragte; e. die/der Bildungsbeauftragte; f. die/der Mitgliederbeauftragte; g. die/der Beauftragte für Arbeitnehmerfragen; h. die Frauenbeauftragte; i. die/der Beauftragte für die Belange der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten; j. die/der Seniorenbeauftragte; k. zehn Beisitzerinnen und Beisitzer. <p>Unter den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes müssen Männer und Frauen mindestens zu 40 % vertreten sein.</p> | <p>§ 11 Unterbezirksvorstand</p> <p>1. Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk. Ihm gehören mit Stimmrecht an:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der/dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau, b. die drei stellvertretenden Vorsitzenden; c. die /der Schatzmeisterin/Schatzmeister; d. die/der Europabeauftragte; e. die/der Bildungsbeauftragte; f. die/der Mitgliederbeauftragte; g. die/der Beauftragte für Arbeitnehmerfragen; h. die Frauenbeauftragte; i. die/der Beauftragte für die Belange der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten; j. die/der Seniorenbeauftragte; k. zehn Beisitzerinnen und Beisitzer. <p>Der Unterbezirksparteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender, oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen. Die Regelungen in den Statuten, die den/die Vorsitzende/n betreffen, gelten für die beiden Vorsitzenden entsprechend.</p> <p>Unter den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes müssen Männer und Frauen mindestens zu 40 % vertreten sein.</p> |



1 **Öffentliche Auftragsvergabe an tarifgebundene Betriebe**

2
3 Adressaten: UB-Vorstand, Kreistags- und Ratsfraktionen der Kommunen
4 SPD-Landtagsfraktion NRW, Landesparteitag der NRWSPD

5
6 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7
8 Öffentliche Aufträge sollen zukünftig nicht mehr an Betriebe vergeben werden, die die Ta-
9 rifbindung unterlaufen.

10
11 Der Kreis Unna und die Kommunen im Kreisgebiet sollen zukünftig bei Ausschreibungen
12 ausschließlich Unternehmen berücksichtigen, die ihre Mitgliedschaft in einem Arbeitgeber-
13 verband mit Tarifbindung nachgewiesen haben. Der Kreis und die Kommunen sollen Ver-
14 zeichnisse über Betriebe mit Tarifbindung führen.

15
16 **Begründung:**

17 Auftraggeber, die nicht tarifgebunden sind, schaden der Gesellschaft und belasten durch
18 niedrige Löhne und schlechte (prekäre) Arbeitsbedingungen die Kommunen.
19 Nicht tarifgebundene Betriebe verdrängen im Wettbewerb durch Unterbieten Betriebe mit
20 Tarifbindung. Diese Strategie funktioniert, weil diese Betriebe aufgrund fehlender Tarifbin-
21 dung und aufgrund vergleichsweise schlechterer Arbeitsbedingungen ihre Beschäftigten
22 mit Niedriglöhnen ausbeuten.

23
24 Sozialdemokraten wollen unterbinden, dass die Zahl der Beschäftigten mit Tarifbindung
25 sinkt und verhindern, dass die Anzahl der Beschäftigten in prekären (atypischen) Beschäfti-
26 gungsverhältnissen steigt. Prekäre Beschäftigung spaltet unsere Gesellschaft, ist Ursache
27 für sinkende Einkommen, zunehmende Armut und steigende Soziallasten, die die öffentli-
28 chen Haushalte belasten.

29
30 Dazu schreibt der NRWDGB in seinem Wahlauftruf zur Bundestagswahl vom 2.9.2021:
31 „Wir brauchen eine Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung, damit gute Arbeit und
32 faire Löhne für alle Arbeitnehmer*innen umgesetzt werden.“

33
34 **Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW**, erklärt: „Weiter so ist keine Lösung. Wir wollen
35 eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, unsere Sozialsysteme stärkt und die Krisenkosten ge-
36 recht verteilt. Wir wollen Sicherheit im Wandel. Daher ist unser Motto: ECHT GERECHT!“

37
38 Zitat aus der gemeinsamen Pressemitteilung
39 von WHKT, Kolping NRW und DGB NRW (PM - 10.06.2021)
40 „Tarifbindung im Handwerk: Schlüssel zur Nachwuchs- und Fachkräftesicherung“
41 **Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW:**

42 „Für uns Gewerkschaften ist klar: Wir müssen Gute Arbeit im Handwerk realisieren. Nur
43 dann ist das Handwerk zukunftsfähig. Wenn der Wettbewerb nur über die Löhne ausgetra-
44 gen wird, verlieren alle – die Beschäftigten und die Handwerksunternehmen. Von der Poli-
45 tik erwarten wir, dass sie ihren Beitrag leistet. Die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte an
46 tarifliche Standards gebunden werden. Die Möglichkeit, Tarifverträge allgemeinverbindlich
47 erklären zu lassen, muss offensiver angewendet und erleichtert werden. Dazu braucht es
48 aber auch Tarifverträge und die gibt es im Handwerk immer weniger. Hier sind die Innun-
49 gen gefordert, den Hebel umzulegen und ihren gesetzlichen Auftrag anzunehmen, Tarifver-
50 träge abzuschließen.



1 Die AsF in der Schwerte SPD fordert den Unterbezirk auf, gemeinsam mit den Ortsvereinen
2 und der AsF eine Strategie zu erarbeiten, wie in allen Wahlbezirken für die Kommunalwahl
3 eine ausreichende Anzahl von Frauen aufgestellt werden können. Die AsF schlägt vor, dass
4 geprüft wird, wie sich die SPD im Kreis Unna am Mentoring-Programm der SPD beteiligen
5 kann.

6

7 **Begründung:**

8 Für den kommenden Kommunalwahlkampf sollte die SPD im Kreis Unna intensiv damit ge-
9 worben, jede 2. Kandidatur mit einer Frau besetzt zu haben. Angesichts der Tatsache, dass
10 es in der Vergangenheit in einigen Regionen schwierig war, geeignete Frauen zu finden und
11 schon einige der heutigen Ratsfrauen angekündigt haben, bei der nächsten Kommunal-
12 wahl nicht mehr zur Verfügung zu stehen, ist es erforderlich schon jetzt eine entspre-
13 chende Strategie zu entwickeln.

1 **Prüfauftrag zur Harmonisierung und Steigerung der Mobilität im 2 Kreis Unna**

3 **Antrag:**

- 4 a) Prüfung einer zielgerichteten Harmonisierung des Linienverkehrs der VKU, um
5 kreisweit eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) bie-
6 ten zu können.
- 7 b) Ein besonderes Augenmerk soll, im Zuge der Harmonisierung, auf die Attraktivie-
8 rung der Nachtbuslinien gelegt werden, speziell die Abdeckung der nächtlichen
9 Randzeiten.
- 10 c) Zusätzlich soll anknüpfend zu a) eine effizientere Abstimmung des Linienverkehrs
11 der VKU auf die Anbindungspunkte (Bahnhöfe/Haltestellen) an den Schienenperso-
12 nennahverkehr (SPNV) im Kreisgebiet geprüft werden.
- 13 d) Notwendige Ergänzungen des derzeitigen Linienverkehrs der VKU, die sich aus a),
14 b) und c) ergeben, sollen ebenfalls geprüft werden, um den Kreis Unna, bezogen auf
15 den ÖPNV, vollumfänglich zu vernetzen.
- 16 e) Zur Realisierung von a), b), c) und d) sollen alternative Betriebsmodelle (z.B. on de-
17 mand Verkehr u.w.) und die Finanzierung für eine Pilotphase über Fördermittel ge-
18 prüft werden.
- 19 f) Anschließend an die Prüfung zur vollumfänglichen Vernetzung des ÖPNV im Kreis
20 Unna, sollen durch umfangreiche Werbemaßnahmen, kreisweit, alle Bürgerinnen
21 und Bürger über das harmonisierte ÖPNV-Angebot der VKU informiert werden.

23 **Begründung:**

24 Die Jusos Kreis Unna sehen in einem harmonisierten und kreisweit flächendeckenden
25 ÖPNV nicht nur eine attraktive Alternative zum MIV, sondern einen wichtigen/ unbedingt
26 notwendigen Beitrag zum Gelingen der Verkehrswende und der Erreichung der proklamier-
27 ten Klimaziele der Bundesregierung. Harmonisierung bedeutet für die Jusos im Kreis Unna,
28 eine verbesserte kreisweite und überregionale Anbindung – gerade für die Randgebiete
29 des Kreises. Die Optimierung der Wartezeiten ist dabei unabdingbar, um eine alltagstaugli-
30 che und gewinnbringende Alternative zum MIV sicherzustellen. Gerade in den Abendstun-
31 den sind junge Menschen zur Entwicklung ihrer Autonomie, der Steigerung ihrer elternun-
32 abhängigen Mobilität oder auch der Überwindung von sozialen Ungleichheiten auf einen
33 attraktiven ÖPNV angewiesen. Durch ihr junges Lebensalter sind sie unterschiedlichsten
34 Mobilitätrestriktionen, wie dem fehlenden Besitz eines eigenen Führerscheins, eines Autos,
35 eines Fahrerservices durch die Eltern oder dem Wunsch nach klimaoptimierter Fortbewe-
36 gung unterworfen. Neue Betriebsmodelle, wie z.B. der on demand Verkehr, bilden für den
37 ÖPNV der Zukunft einen wichtigen Bestandteil, da diese nicht statisch und linear organi-
38 siert sind, sondern auf die Bedürfnisse ihrer Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt werden
39 können. Durch virtuelle Haltestellen werden beispielsweise eine große Anzahl an Start- und
40

41 Zielpunkten ermöglicht. Ein Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, wie auf das Schwei-
42 terunternehmen RVM, können gute best practice Beispiele liefern, da dort bereits zwei on
43 demand Angebote im Regelbetrieb angeboten werden. Für das Gelingen eines solchen Pro-
44 jektes ist eine umfassende und zielgerichtet Werbe- und Informationskampagne, ggf. un-
45 terstützt durch externe fachliche Expertise, unverzichtbar, da selbst das beste ÖPNV-Netz
46 nicht zum Tragen kommt, wenn die Nutzerinnen und Nutzer nicht über das Angebot Be-
47 scheid wissen.



1 Strukturwandel aktiv gestalten

2
3 Adressaten: SPD-Unterbezirksvorstand, SPD Kreistagsfraktion Kreis Unna
4 SPD-Landtagsfraktion NRW, Landesparteitag der NRWSPD

5
6 Die SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7
8 Der Landrat und die Kreistagsfraktion stärken die industrielle Struktur im Kreis Unna. Die
9 AfA unterstützt diese Aktivitäten ausdrücklich, weil sie vorrangig Projekte zur Ansiedlung
10 von Industriebetrieben in den wachstumsstarken Zukunftsmärkten des Energie- und Um-
11 weltsektors betreffen.

12 Dabei sollen die Kriterien Guter Arbeit berücksichtigt werden.

13
14 Begründung:

15 Weil die Bundesregierung die Ziele des Klimaschutzplanes nicht ohne zusätzliche Maßnah-
16 men erreichen kann, wurde u. a. der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen. Im
17 Kreis Unna werden insgesamt vier Steinkohlenkraftwerke stillgelegt. Davon betroffen sind
18 ca. 1.100 Beschäftigte.

19
20 Wir werden diesen tiefgreifenden Strukturwandel im Kreis Unna aktiv gestalten, indem wir
21 Industriebetriebe in den wachstumsstarken Zukunftsmärkten des Energie- und Umwelt-
22 sektors (sogenannte GreenTech Märkte) ansiedeln.

23
24 Die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Be-
25 schäftigung“ (KWSB) hat als wesentliche Ziele die Schaffung neuer industrieller Arbeits-
26 plätze und den Aufbau neuer industrieller Wertschöpfung formuliert.

27
28 Für uns ist klar, dass wir unsere Energieversorgung umstellen müssen. Der Wegfall konven-
29 tioneller Kraftwerke und ein zukünftig steigender Strombedarf bieten Zukunftschancen,
30 wenn an alten Kraftwerksstandorten in neue Industriestrukturen investiert wird.

31 Durch diese Investitionen erreichen wir unterschiedliche Ziele:

32 • Wir leisten einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende.
33 • Wir stärken die industriellen Grundlagen unserer Wirtschaft
34 • Wir schaffen zukunftsgerichtete, tariflich bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze
35 • Wir stärken Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung.

36
37 Die Ansiedlung von Industriebetrieben in wachstumsstarken Zukunftsmärkten soll unter-
38 stützt werden durch eine enge Zusammenarbeit mit zu gründenden Forschungszentren
39 und mit den Universitäten der Region. Wir wollen Unternehmen ansiedeln, in denen neue
40 Energie- und Umwelttechnologien zur Marktreife entwickelt werden.

41 Jungen Ingenieuren wollen wir Wege in die Selbstständigkeit ebnen, indem wir ihnen an
42 den Industriestandorten ein Umfeld bieten, in dem sie mit Unterstützung ansässiger Be-
43 triebe und Hochschulen (Inkubatoren) Startups gründen und aufbauen können.

44 Passend dazu wollen wir Forschungseinrichtungen ansiedeln, die den Wissenstransfer si-
45 cherstellen, indem sie mit Industriebetrieben des Energie- und Umweltsektors und mit den
46 nordrhein-westfälischen Hochschulen innovative Verfahren für die Produktion in einer koh-
47 lenstoffarmen Wirtschaft entwickeln.

48

49 Unsere Energieversorgung wird neu strukturiert:
50 In heutigen Strukturen wird Energie erzeugt, wenn sie benötigt wird. Im Zeitalter regenera-
51 tiver Energieversorgung funktioniert das nur, wenn die erzeugte Energie direkt genutzt
52 wird oder gespeichert werden kann.
53 Dazu entwickeln wir zwei wesentliche Technologien: Zum einen erfolgt ein massiver Aus-
54bau der Elektromobilität auf der Basis von batteriegetriebenen Fahrzeugen mit der dazu
55 gehörigen Infrastruktur, zum anderen wird ein massiver Ausbau der Brennstoffzellentech-
56nologie erfolgen .
57 Wasserstoff ist nahezu unbegrenzt vorhanden, es ist das häufigste Element im Universum.
58 Er kann sowohl aus fossilen als auch erneuerbaren Energien hergestellt werden, ist trans-
59 portier- und speicherbar und somit ideal, um schwankende Lasten aus Wind- oder Sonnen-
60 kraft auszugleichen.
61 Wasserstoff wird eingesetzt als transportabler Energieträger, als Puffer und Energiespei-
62 cher, als Brennstoff zum Heizen oder Kraftstoff für Pkw und Nutzfahrzeuge. In industriellen
63 Anwendungen kommt er bereits seit mehr als 100 Jahren zum Einsatz.

64

65 Eine andere sehr wichtige Energiequelle ist die Energieeinsparung. Der Markt für Energieef-
66 fizienz ist einer der wichtigsten Zukunftsmärkte, weil durch vielfältige technische Innovatio-
67nen ein Großteil des Energiebedarfs eingespart werden kann.

68

69 Das führt dazu, dass die Leitmärkte für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz in den
70 kommenden Jahren überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten ausweisen.
71 Die industrielle Struktur sorgt für eine im Vergleich überdurchschnittlich hohe Wertschöp-
72 fung und fördert indirekt die Ansiedlung und das Wachstum weiterer Betriebe.

Wachstumsraten Marktvolumen und Beschäftigte Umwelttechnik und Ressourceneffizienz



Quelle: Bundesumweltministerium, GreenTech-Atlas 2021

AfA im SPD Unterbezirk Unna



73
74
75
76
77
78

1. **BMWi: Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, Handelsblatt 16.2.2020, Bundesumweltministerin Schulze will den schnellen Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft**
2. **Vattenfall: Wasserstofftechnologie <https://group.vattenfall.com/de/zukunft/wasserstofftechnologie>**



1 **Gründung der Arbeitsgemeinschaft (AG)**
2 **Migration und Vielfalt auf Unterbezirks-**
3 **ebene**

4
5 Antrag: Der Unterbezirksparteitag beauftragt den SPD Unterbezirksvorstand Unna eine AG
6 Migration und Vielfalt auf Unterbezirksebene zu gründen.

7
8 Begründung: Die AG Migration und Vielfalt der SPD ist auf Bundesebene im Jahr 2013 ge-
9 gründet worden, um gezielt Genoss*innen mit Einwanderungsgeschichte anzusprechen.
10 Im Kreis Unna haben mehr als 30 Prozent der Einwohner*innen eine Einwanderungsge-
11 schichte, also ein ausgesprochen hoher Anteil an Menschen mit Einwanderungsgeschichte.
12 Angesichts dieser Tatsache erscheint es notwendig, dass es innerhalb der SPD auf Unterbe-
13 zirksebene eine Anlaufstelle in Form der AG Migration und Vielfalt für diese gesellschaftli-
14 che Gruppe gibt. Der AG Migration und Vielfalt gehören Mitglieder der SPD gleichermaßen
15 mit und ohne Migrationshintergrund an, die sich praktisch oder theoretisch mit Fragen der
16 Migration und eines vielfältigen Zusammenlebens beschäftigen oder an diesen Themen ein
17 besonderes Interesse haben. Die AG trägt dazu bei, die Teilhabe von Menschen mit Ein-
18 wanderungsgeschichte zu fördern, Impulse zur Weiterentwicklung der sozialdemokrati-
19 schen Politik für Vielfalt und Teilhabe zu geben. Sie tritt dabei in einen Dialog mit Migran-
20 tenverbänden sowie Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Wis-
21 senschaft, Wirtschaft und den Gewerkschaften und möchte Menschen mit einer Migrati-
22 onsgeschichte für sozialdemokratische Politik gewinnen.

23
24 Weiterhin ergibt sich durch die Gründung einer AG Migration und Vielfalt auf Unterbezirks-
25 ebene die Möglichkeit, Delegierte für Landes- und Bundeskonferenzen zu wählen und so-
26 mit an der inhaltlichen und personellen Gestaltung der AG MuV auf Landes- und Bundes-
27 ebene mitzuwirken.



1 **Gründung eines digitalen Distrikts Dockland**

2 **Antrag:**

3 Der SPD-Unterbezirksparteitag beauftragt den SPD-Unterbezirksvorstand, im SPD-Unterbezirksparteitag
4 einen digitalen Distrikt „Dockland“ anzusiedeln.

5 **Begründung:**

6 Dockland ist ein digitaler Distrikt der SPD im Hamburger Stadtteil Altona, der im Jahr 2016
7 gegründet wurde. Dieser Distrikt ist gleichzeitig ein Kollektiv, in dem Menschen mit und ohne
8 Parteibuch gemeinsam Politik machen. Dadurch können auch Menschen ohne Parteizugehörigkeit
9 für Politik begeistert werden. Der Distrikt steht für moderne politische Partizipation,
10 für offene und digitale politische Formate und für das Wissen darüber, wie man politisch
11 was bewegen kann. Dockland soll ein Ort zum Andocken sein, eine digitale Schnittstelle
12 zwischen der SPD und allen, die Interesse daran haben sich politisch zu engagieren. Weiterhin
13 bietet ein digitaler Distrikt den Vorteil, dass im Falle einer Verschärfung der Corona-Krise
14 eine feste Anlaufstelle für politisch Interessierte vorhanden wäre. Dockland soll im Unterbezirk
15 Unna ein ergänzendes Angebot für die Parteiarbeit sein. Weitere Informationen zum
16 digitalen Distrikt der SPD in Hamburg Altona sind abrufbar unter: <https://www.dockland-hamburg.org>.

1 **Digitalisierung bürgerfreundlich und arbeitnehmerorientiert ge- 2 stalten**

3
4 Adressaten: Mandatsträger der SPD im Kreis Unna

5
6 Hier SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

7
8 Die Digitalisierung ist eine Chance für die Zukunft, sie muss jedoch bürgerfreundlich und
9 arbeitnehmerorientiert vorangetrieben werden. In den nächsten Jahren werden im Kreis-
10 tag und in den Stadträten eine Vielzahl von Entscheidungen mit engem Bezug zur Digitali-
11 sierung getroffen werden müssen. Wir werden als Sozialdemokraten dabei den Nutzen für
12 die Bürgerinnen und Bürger und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Vorder-
13 grund stellen.

14
15 Daher fordern wir alle Mandatsträger der SPD im Kreis Unna auf, bei den vielfältigen Ent-
16 scheidungen und bei der Umsetzung von Beschlüssen im Sinne einer bürgerfreundlichen
17 und arbeitnehmerorientierten Gestaltung zu handeln. Für die AfA ist die Einhaltung von
18 Mitbestimmung und Tarifbindung unabdingbar, insbesondere die Wahrung der Arbeitneh-
19 merschutzrechte in der digitalen Arbeitswelt.

20
21 Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften veröffentlichen re-
22 gelmäßig ihre Positionen zu verschiedenen Einzelfragen der Digitalisierung in der Arbeits-
23 welt. Die Mandatsträger der SPD finden dort gute Entscheidungshilfen, die sie in Ihren Be-
24 schlüssen berücksichtigen sollen.

25 26 **Begründung:**

27 Im Jahr 2019 hat der Kreistag Unna einen Digitalen Masterplan für den Kreis Unna be-
28 schlossen. Er dient als Digitalisierungsstrategie für die Kreisverwaltung in den kommenden
29 Jahren, zunächst für den Zeitraum 2019 – 2022.

30
31 Hier werden u. a. folgende Handlungsfelder beschrieben:

32
33

- 34 ▪ Einfacher und sicherer Zugang der Bürger/innen und Unternehmen über ein digita-
35 les Portal zu allen Verwaltungsdienstleistungen
- 36 ▪ Errichten einer E-Government-Agentur, die schneller als bisher für alle föderalen
37 Ebenen Standards und Pilotlösungen entwickelt
- 38 ▪ Flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen, damit Schüler/innen in allen Fä-
39 chern digitale Lernumgebungen nutzen können
- 40 ▪ Schaffung einer nationalen Bildungsplattform

41 ▪ Förderung und Erleichterung der mobilen Arbeit. Schaffung eines rechtlichen Rah-
42 mens dafür, indem Rechte und Pflichten von Arbeitgeber/innen und Arbeitneh-
43 mer/innen geschaffen werden, die die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten si-
44 cherstellen.

45
46 Für den Kreis Unna hat eine Arbeitsgruppe „E-Government“ auf Initiative der Bürgermeis-
47 terkonferenz ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der Kommunen bei
48 der Einführung und Umsetzung von E-Government-Projekten vorbereitet, um ggf. Synergie-
49 Effekte nutzbar zu machen.

50 Digitale Bildung von Mitarbeiter/innen bedeutet neben technischen Fertigkeiten auch, digi-
51 tale

52 Medien kompetent und reflektiert nutzen zu können und ist eine Schlüsselqualifikation für
53 die Teilhabe an der modernen Gesellschaft.

54 Ein grundlegender Faktor für die erfolgreiche Umsetzung von E-Government-Projekten ist
55 deren Akzeptanz durch die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung Unna.

56
57 Aus Sicht der AfA sollen die Mandatsträger der SPD in ihrem Handeln vor allem die Interes-
58 sen der Arbeitnehmer/innen berücksichtigen:

59 Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden infolge der Digitalisierung
60 bis 2035 ca. 1,5 Millionen Arbeitsplätze wegfallen und etwa ebenso viel neue Arbeitsplätze
61 entstehen.

62
63 Soziale Smart City mit hohen Standards für Gute Arbeit

64 Für diese neuen entstehenden Arbeitsplätze streben wir eine hohe Qualität an. Die AfA for-
65 dert die sozialdemokratischen Mandatsträger auf, im Zuge der Gestaltung einer sozialen
66 Smart City hohe Standards für Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt einzuführen.

67
68 Die politisch notwendige Gestaltung der Digitalisierung kann nur unter Beteiligung der Be-
69 schäftigten und ihrer Interessenvertreter/innen erfolgreich erfolgen.

70 Nur durch Ihre Fachkompetenz wird es gelingen, klare Spielregeln für Digitales Arbeiten zu
71 vereinbaren.

72 Eine soziale „Smart City“ entwickelt Kriterien für ihre Infrastrukturen und die zugrundelie-
73 genden Algorithmen. Diese Kriterien dürfen nicht auf Rationalisierung, also auf den Weg-
74 fall von Arbeitsplätzen, auf Arbeitsintensivierung und -verdichtung sowie auf Leistungskon-
75 trollen zielen.

76
77 Vielmehr soll Arbeit im Sinne der Beschäftigten flexibler gestaltet werden. Vor allem Bü-
78 rotätigkeiten lassen sich durch Vernetzung dezentral organisieren, Home-Office wird
79 selbstverständlich. Langweilige oder körperlich schwere Arbeit kann von Maschinen über-
80 nommen werden.

81 In der sozialen „Smart City“ arbeiten Maschinen und digitale Plattformen für den Men-
82 schen, nicht umgekehrt!

83

84 Wir wollen eine arbeitnehmerfreundliche Plattformökonomie

85 Wir wollen verhindern, dass eine Plattformökonomie mit schlechten Arbeitsbedingungen

86 entsteht, bei der „Crowdworker“ in schlecht bezahlten Jobs ohne Arbeitnehmerstatus und

87 ohne die zugehörigen Arbeitnehmerschutzrechte arbeiten, während die Plattformbetreiber

88 ohne Risiken mitverdienen, indem sie den Großteil des erarbeiteten Mehrwertes abschöp-
89 fen.

90 Neue Technologien, flexiblere Strukturen und mobiles Arbeiten können Stress erhöhen

91 und bergen Gesundheitsrisiken. Eine starke Mitbestimmung und ein rechtlicher Rahmen

92 bieten den Beschäftigten Schutz.

93

94 Beschäftigten-Datenschutzgesetz

95 Wir wollen durch ein Beschäftigten-Datenschutzgesetz sicherstellen, dass digitale Arbeits-
96 prozesse nicht die Rechte der Beschäftigten einschränken.

97

98 Der Arbeitnehmerdatenschutz ist in Deutschland nicht übersichtlich in einem eigenen Ar-
99 beitnehmerdatenschutzgesetz geregelt, auch wenn dies verfassungs- und europarechtlich

100 an sich gefordert wäre. Vielmehr ergeben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen aus

101 der Anwendung des allgemeinen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und einer Reihe be-
102 reichsspezifischer Vorschriften.

103

104 Seit über 30 Jahren fordern Datenschützer und Gewerkschaften genau das: ein eigenes Ar-
105 beitnehmerdatenschutzgesetz. Die DGB-Justiziare haben das erneut unterstrichen. Das

106 Ziel: Datenschutz aus einer Rechtsquelle, abgestimmt auf die Erfordernisse des Betriebes.



1 Entlastungspaket für die Kommunen und Stadtwerke – jetzt

2
3 Der SPD Stadtverband Schwerte bittet den Parteitag des Unterbezirks Unna folgenden An-
4 trag zu beraten und beschließen:

5
6 Antrag: Der SPD Stadtverband Schwerte fordert den Unterbezirk auf, die SPD-Bundestags-
7 fraktion zu beauftragen, innerhalb der Ampelkoalition ein viertes Entlastungspaket abzu-
8 stimmen und im Bundestag zu beschließen. Hauptnutznießer des vierten Entlastungspa-
9 ketes sollen die Städte und kommunalen Stadtwerke in der gesamten Bundesrepublik sein.

10 11 **Begründung:**

12
13 Die anhaltende und erst langsam ausklingende Corona Pandemie hat die Kommunen und
14 die kommunalen Haushalte vor besondere Herausforderungen gestellt und werden diese
15 noch einige Dekaden belasten. Gleichzeitig sind durch den völkerrechtswidrigen Angriff
16 Russlands auf die Ukraine und dem daraus folgenden Sanktionen Russlands die Energie-
17 kosten drastisch gestiegen. Verstärkt wird das Problem durch eine sehr hohe Inflation in
18 der gesamten Bundesrepublik oder die Kosten der Flüchtlingsunterbringung. Gleichzeitig
19 schiebt die kommunale Familie einen Jahrzehnte alten Investitionsstau vor sich her. Um
20 nach der Corona Pandemie gestärkt vorwärts zu schreiten müssen die kommunalen Haus-
21 halte einmalig durch ein Entlastungspaket finanziell saniert werden. Das Paket muss den
22 aktuellen Herausforderungen der steigenden Energiepreise und dem hohen Altschulden-
stand gleichermaßen begegnen.

1 **SV in die Schulausschüsse – der Schülerschaft eine Stimme ge-
2 ben**

3

4

5 **Antrag:**

6 Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Fraktionen im Kreistag sowie
7 in den Städten und Gemeinden dazu auf, in ihren Vertretungen zu beantragen, Vertretun-
8 gen der örtlichen Schülervertretungen (§ 74 VIII SchulG) als beratende Mitglieder gemäß
9 § 85 II 4 SchulG in den jeweiligen kommunalen Schulausschuß zu berufen.

10

11 Die Fraktionen haben dem Unterbezirksvorstand über ihre Bemühungen bis zum 31. Juli
12 2023 schriftlichen Bericht zu erstatten.

13

14 **Begründung:**

15 **I. Schülerinnen und Schüler besitzen kein Wahlrecht**

16 Für Entscheidungen oder Fragen, die maßgeblich den Schulalltag bestimmen, stehen dem
17 Schulausschuß immer alle Schulleitungen beratend zur Seite. Sie erklären ihre Sichtweise
18 und ihre Meinung zu bestimmten Fragestellungen. Uns muß allerdings klar sein, daß viele
19 Fragen zwar durch die Schulleitungen schulorganisatorisch zu erklären sind, aber sich alles
20 aktiv auf die Schülerschaft auswirkt. Somit wäre die Präsenz der Schülervertretung im
21 Schulausschuß sicherlich eine Bereicherung. Zudem muß anerkannt werden, daß Schüle-
22 rinnen und Schüler unter 16 kein Wahlrecht auf kommunaler Ebene in NRW besitzen. El-
23 tern sind durch die Ratsfrauen und -herren vertreten und die Lehrkräfte durch die jeweilige
24 Schulleitung. Nur den Schülerinnen und Schülern wird keine Stimme gegeben. Durch den
25 Einbezug von Schülervertretungen in Schulausschüssen mit beratender Stimme erhalten
26 diese die Chance ihre Perspektive auf schulpolitische Fragen ihrer Schule und somit ihre
27 Sichtweise den Schulausschußmitgliedern darzulegen.

28 **Es wird Zeit, dies zu ändern!**

29

30 **II. Gesetzliche Aufgabe von Schülervertretungen**

31 Laut dem SV-Erlass des Landes NRW fördert und unterstützt die SV die Schülerinnen und
32 Schüler in der Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie ist eine Interessenvertretung, die nach dem
33 Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule handelt und arbeitet. Dabei soll sie sportli-
34 che, kulturelle, politische und soziale Interessen der Schülerschaft vertreten. Die Mitwirken-
35 den Schüler*innen in der SV sollen dabei dazu befähigt werden, sich ein eigenständiges
36 und selbstkritisches Urteil zu bilden, ihre Rechte und Pflichten im politischen und gesell-
37 schaftlichen Leben kennenzulernen und eigenverantwortlich zu handeln. Es ist klar, daß die
38 Schülervertretungen im Kreis Unna diesen Aufgaben nicht mehr zu hundert Prozent nach-
39 kommen können. Gerade im politischen Bereich ist es ihnen nicht möglich, den mitwirken-
40 den Schülerinnen und Schülern geeignetes Fachwissen und wichtige Erfahrungen zu ver-
41 mitteln. Es wird Zeit die Schülervertretungen am politischen Leben teilnehmen zu lassen.

42 So werden den Schülervertretungen und ihren mitwirkenden Schülerinnen und Schülern
43 wieder wichtige Kompetenzen im politischen und gesellschaftlichen Bereich zu geordnet.

44

45 **III. Keine Konkurrenz zu Schulleitungen**

46 Die Berufung von Schülervertretungen in kommunale Schulausschüsse stellt keine Konkur-
47 renz zu der Vertretung der Schulen durch die Schulleitungen dar. Vielmehr stellt die Neu-
48 fassung des § 85 II SchulG vom 23. Februar 2022 klar, daß die Schülervertretung neben den
49 Schulleitungen als Vertreter der Schulen in den Schulausschuß berufen werden kann.

50 Selbst die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hatte also erkannt, daß eine adäquate
51 Interessenwahrnehmung der Schülerschaft durch die Schulleitungen allein nicht gewähr-
52 leistet ist. Leider hat sie dabei versäumt, eine verpflichtende Vertretung der Schülerverte-
53 tungen zu etablieren. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatte dies in einem Entschlie-
54 ßungsantrag erfolglos gefordert (s. Landtagsdrucksache (LT-Drs.) 17/16546, S. 2).

55

56 **IV. Schülerbeteiligung vor Ort**

57 Schülervertretungen sind nur an weiterführenden Schulen eingerichtet, vgl. § 74 II 2
58 SchulG. Diese können nach § 74 VIII SchulG örtlich und überörtlich zusammenwirken. Per-
59 sonen, die auf diese Weise benannt worden sind, können als beratende Mitglieder des
60 Schulausschusses berufen werden, § 85 II 4 SchulG. Unbeschadet davon besteht auch die
61 Möglichkeit, Schülervertretungen als sachkundige Bürger oder Einwohner zu berufen (s. LT-
62 Drs. 17/15911, S. 75). Die Entscheidung trifft weiterhin die zuständige Vertretung (Rat/Kreis-
63 tag).

64 Für das Gebiet des Kreises besteht die Bezirksschülervertretung (BSV), die sich erst im Jahre
65 2021 neu gegründet hat. Diese könnte als Interessenvertretung von etwa 36 000 Schülerin-
66 nen und Schülern unabhängig von der Schulträgerschaft eine Vertretung in den **Schulaus-
67 schuß des Kreistages** entsenden, sodaß erstens alle Schülerinnen und Schüler auf Kreis-
68 ebene vertreten sind, zweitens auch die Schülerschaft an Privatschulen politisches Gehör
69 findet. Ferner wäre ein weiterer Platz für die **Schülervertretungen in Trägerschaft des
70 Kreises** (Förderschulen mit Sekundarstufe und Berufskollegs) denkbar. Auch hier käme
71 eine Benennung durch die BSV in Betracht, die sich in ihrem Vorschlag auf Schülerinnen
72 und Schüler vorgenannter Schulen beschränken könnte.

73 In den Städten und Gemeinden könnte je nach örtlicher Begebenheit jeder Schülervertre-
74 tung eine Vertretung zugebilligt werden, was vor allem in Kommunen mit bis zu drei weiter-
75 führenden städtischen/gemeindlichen Schulen (**Fröndenberg/Ruhr, Selm, Werne, Bönen,
76 Holzwiede**) die Arbeitsweise des Gremiums nicht beeinträchtigen dürfte (Variante 1). In
77 **Lünen und Unna**, die über neun bzw. sechs Schulen in städtischer Trägerschaft verfügen,
78 wäre eine Einigung unter den betroffenen Schülervertretungen wohl unvermeidlich. Hier
79 sollten sich die Stadtverwaltungen als Förderer verstehen und erforderlichenfalls die Initia-
80 tive zu Gesprächen zwischen den Schülervertretungen ergreifen (Variante 2). Die übrigen
81 Städte **Bergkamen, Kamen und Schwerte** verfügen über jeweils vier städtische weiterfüh-
82 rende Schulen. Hier wären beide Varianten denkbar, wobei die Vertretung einer jeden
83 Schülervertretung prinzipiell zu bevorzugen wäre.



1 Der AsF Schwerte bittet den Unterbezirksparteitag folgenden Antrag in die Beratungen auf-
2 zunehmen und zu beschließen.

3

4 Die SPD im Kreis Unna fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass
5 es in allen Regionen des Landes NRW eine ausreichende Anzahl von Frauenarztpraxen gibt,
6 die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Dazu bedarf es einer Anfrage im Landtag, wie
7 die Verteilung mit solchen Praxen im Moment aussieht und wie hoch der Bedarf ist ange-
8 sichts der vorhandenen Zahlen zu Abbrüchen in der Vergangenheit in den verschiedenen
9 Regionen des Landes.

10

11 Begründung:

12 Die Bundesregierung hat in diesem Jahr den § 219a reformiert, so dass gynäkologische Pra-
13 xen über Schwangerschaftsabbrüche informieren dürfen, ohne sich strafbar zu machen.

14 Durch eine Anfrage im entsprechenden Ausschuss im Kreis Unna hat sich herausgestellt,
15 dass es für den Kreis Unna nicht eine entsprechende gynäkologische Praxis gibt und für
16 das gesamte Ruhrgebiet nur 10.

17

18 Hier ist Handlungsbedarf. Der entsprechende Bedarfsplan wird den zuständigen Landesbe-
19 hörden zur Stellungnahme und einer etwaigen Beanstandung vorgelegt. Außerdem kann
20 ein 90aGremium gegründet werden, das zum Bedarfsplan Stellung nimmt.



1 **Kommunalpolitik ist Ehrenamt – Transparenzoffensive jetzt!**

2 **Antrag:**

3 Wir fordern eine Transparenzoffensive von unserer Kreistagsfraktion. Dazu gehört:

4

5

6 ▪ Die Offenlegung der monatlichen Aufwandsentschädigung.

7 ▪ Die Offenlegung von Mitgliedschaften und damit verbundenen Aufwandsentschädi-

8 gungen und Sitzungsgeldern in Aufsichtsräten, Gesellschaften und weiteren kom-

9 munalen Gremien.

10 Gemeint sind alle Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder oder sonstige Einkünfte, die

11 über das Kreistagsmandat erzielt werden.

12

13 Die entsprechenden Daten sind von allen Mitgliedern der Kreistagsfraktion offenzulegen

14 und bis Ende des Jahres an prominenter Stelle auf der Homepage (SPD-Kreistagsfraktion

15 (spd-kreistag-unna.de)) unserer Kreistagsfraktion zugänglich zu machen.

17 **Begründung:**

18 Ende 2021 hat uns und die Bürger*innen im Kreis Unna die „Abrechnungsaffäre“ im Kreis-

19 tag geschockt. Kommunalpolitiker*innen verschiedener Couleur haben horrende Summen

20 als Verdienstausfälle geltend gemacht und somit das Vertrauen der Bürger*innen ins Wan-

21 ken gebracht. Gerade in Zeiten, in denen staatliche Institutionen einen Vertrauensrückgang

22 zu verzeichnen haben, sorgen solche Vorgänge für einen weiteren Vertrauensverlust und

23 Politikverdrossenheit.

24

25

26 Unsere Kreistagsfraktion hat mit Transparenz und Offenheit auf die Eskapaden der politi-

27 schen Mitstreiter*innen reagiert und Aufklärung von allen Beteiligten gefordert. Mit diesem

28 Antrag möchten wir diese Transparenz weiter fördern und mit einer Transparenzoffensive

29 allen möglichen Zweifeln von Bürger*innen entgegentreten. Ähnlich wie es bereits bei un-

30 seren Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Fall ist.

31

32 Mit diesem Schritt können wir nochmal deutlich machen, dass für uns Kommunalpolitik Eh-

33 renamt ist und wir uns nicht daran bereichern. Außerdem setzen wir damit Maßstäbe für

34 andere Parteien, ihre Transparenzstandards ebenfalls zu erhöhen. Lasst uns mit diesem

35 mutigen Schritt das Vertrauen der Bürger*innen im Kreis Unna in Kommunalpolitik stär-

36 ken.



1 Der SPD OV Schwerte-Süd bittet den Unterbezirksparteitag folgenden Antrag in die Bera-
2 tungen aufzunehmen und zu beschließen.
3
4 Die SPD OV Schwerte Süd fordert den Unterbezirk auf, die SPD-Landtagsfraktion zu beauf-
5 tragen, einen Antrag im Landtag einzubringen, bei dem gesetzlich geregelt wird, dass die
6 Bürger*innen sowie Gemeinden bei der Schaffung von Windenergieanlagen grundsätzlich
7 zu 30 % beteiligt werden, entweder durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen oder durch
8 den Erwerb von Sparprodukten.
9

10 **Begründung:**

11
12 Im März 2022 hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass ein Gesetz über die Beteili-
13 gung von Bürger*innen sowie Gemeinden an Windparks wie es in Mecklenburg-Vorpom-
14 mern gilt, mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Durch dieses Gesetz soll die Akzeptanz für
15 neue Windenergieanlagen verbessert werden und so der weitere Ausbau der Windenergie
16 an Land gefördert werden. Die damit verfolgten Gemeinwohlziele des Klimaschutzes, des
17 Schutzes von Grundrechten vor Beeinträchtigungen durch den Klimawandel und der Siche-
18 rung der Stromversorgung sind hinreichend gewichtig, um den mit der Beteiligungspflicht
19 verbundenen schwerwiegenden Eingriff in die Berufsfreiheit der Vorhabenträger rechtferti-
20 gen zu können.



1 Die AsF Schwerte fordert den Unterbezirksparteitag auf, folgenden Antrag zu beraten und
2 zu beschließen:
3
4 Die SPD im Kreis Unna fordert die SPD im Land und im Bund auf, sich den Forderungen der
5 Verbraucherzentrale NRW angesichts der stark steigenden Energiepreise anzuschließen.
6 Daher fordert die AsF Schwerte zum Schutz von Alleinerziehenden und Rentnerinnen zur
7 Konkretisierung der Angemessenheitsprüfung in der Strom- und Gas- Grundversorgungs-
8 verordnung und dem Energiewirtschaftsgesetz konkretere, nicht abschließende Regelbei-
9 spiele zu schaffen, durch die Versorgern Strom- und Gassperren mindestens untersagt
10 sind:
11
12 - in jedem Fall während der Dauer der ausgerufenen Krisenstufen des Notfallplans Gas,
13
14 - während der Heizperiode,
15
16 - bei minderjährigen Kindern im Haushalt,
17
18 - bei Schwangeren im Haushalt,
19
20 - bei Kranken, die auf elektrische Hilfsmittel angewiesen sind, Schwerbehinderten und Pfle-
21 gebedürftigen.
22
23 Zur Vermeidung von Energiesperren sind weitere Maßnahmen erforderlich:
24
25 - ein Rechtsanspruch auf darlehensweise Übernahme von Strom- und Heizungsschulden
26 durch Jobcenter oder Sozialamt für von Energiesperren bedrohte Menschen unabhängig
27 vom Leistungsbezug
28
29 - die Verpflichtung der Energieversorger von Sperren abzusehen, wenn laufende Abschläge
30 vollständig gezahlt werden und eine tragfähige Lösung für die Regulierung des Zahlungs-
31 rückstands gefunden wurde. Dabei soll auch die Zahlung von Kleinstraten möglich sein.
32
33 - Härtefallfonds für Verbraucherinnen mit geringem Einkommen, die aufgrund von Krank-
34 heit, Schwerbehinderung oder sonstigen schwerwiegenden Notlagen in einer Ausnahmesi-
35 tuation sind.
36
37 Darüber hinaus fordert die AsF weitere Maßnahmen zur Entlastung einkommensarmer
38 Haushalte durch die Unterstützung von Geringverdienerinnen-Haushalten, Rentnerinnen
39 und vergleichbaren Personengruppen, die knapp oberhalb der Einkommensgrenzen für
40 den Bezug von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), Grundsicherung oder
41 Wohngeld liegen. Es gilt zu verhindern, dass sie aufgrund der extrem gestiegenen Energie-
42 preise in den Sozialleistungsbezug abrutschen.